

Die Medien als Wegbereiter verfehlter Politik? Die Reaktion der Europäischen Union auf die Migrationsbewegungen während des "Arabischen Frühlings" über das Mittelmeer

Saracino, Daniele

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Saracino, D. (2013). *Die Medien als Wegbereiter verfehlter Politik? Die Reaktion der Europäischen Union auf die Migrationsbewegungen während des "Arabischen Frühlings" über das Mittelmeer*. (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik). Stuttgart: ifa (Institut für Auslandsbeziehungen). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-51136-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



ifa-Edition Kultur und Außenpolitik

Die Medien als Wegbereiter verfehlter Politik?

Die Reaktion der Europäischen Union auf
die Migrationsbewegungen während des
„Arabischen Frühlings“ über das Mittelmeer

Daniele Saracino

ifa-Edition Kultur und Außenpolitik

Die Medien als Wegbereiter verfehlter Politik?

Die Reaktion der Europäischen Union auf
die Migrationsbewegungen während des
„Arabischen Frühlings“ über das Mittelmeer

Daniele Saracino

Impressum

Diese Publikation ist entstanden im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ und erscheint in der ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Das Forschungsprogramm wird finanziert aus Mitteln des Auswärtigen Amts.

Herausgeber

Institut für Auslandsbeziehungen e. V. (ifa), Stuttgart

Autor

Daniele Saracino

Redaktion und Lektorat

Gesche Schifferdecker

Sarah Widmaier

Dorothea Grassmann

Satz und Gestaltung

Andreas Mayer, Stuttgart

Bildnachweis (Umschlag):

© EC (Olivier Jobard/Sipa)

ifa (Institut für Auslandsbeziehungen)

Charlottenplatz 17

70173 Stuttgart

Postfach 10 24 63

D-70020 Stuttgart

info@ifa.de

www.ifa.de

© ifa 2013

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
1. Konfliktpotenziale beim Thema Migration nach Europa	7
2. Die Frontex-Operation „Hermes“	8
3. Die Vorschläge der Kommission	10
4. Das Vorgehen einzelner Mitgliedsstaaten	11
5. Den Mythen der Migration begegnen	15
Literatur	17
Zum Autor	21

VORWORT

Migration nach Europa im Zuge des „Arabischen Frühlings“. Diese Wörter lösen verschiedene Bilder und Assoziationen aus, die zum Großteil von Medien geschaffen und verbreitet werden, von überfüllten Flüchtlingsbooten bis hin zum Ansturm auf die Insel Lampedusa.

Täglich prasseln Bilder und Informationen auf uns nieder, aus denen sich jeder seine eigene Wirklichkeit zusammensetzt. Wodurch werden diese Bilder geprägt, die sich so hartnäckig in unseren Köpfen halten? Welche Rolle übernehmen die Medien und die Politik in diesem Gefüge? Halten deren Diskurse wissenschaftlichen Fakten stand?

In dem vorliegenden Artikel untersucht der Autor Daniele Saracino diese Fragen anhand der Migrationsbewegungen über das Mittelmeer im Zusammenhang des „Arabischen Frühling“. In exemplarischer Weise stellt er die öffentlichen Diskurse in den Medien und der Politik den wissenschaftlichen Fakten gegenüber und erarbeitet Empfehlungen, wie alle Bereiche besser zusammenarbeiten könnten und sollten, um den Mythen der Migration zu begegnen.

Daniele Saracino vertieft in seinem Artikel einen Aspekt der Konferenz **„In Focus: Media – Conflict – Migration. The Conflict Potential of Media Coverage Regarding Migration from the Countries of the Arab Spring to Europe“**, die das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) in Kooperation mit der Deutschen Welle (DW) und dem Bonn International Center for Conversion (BICC) im Dezember 2012 in Bonn veranstaltet hat. Die Diskussion mit Experten aus Politik, Medien und Wissenschaft ist nachzulesen im Konferenzreport.

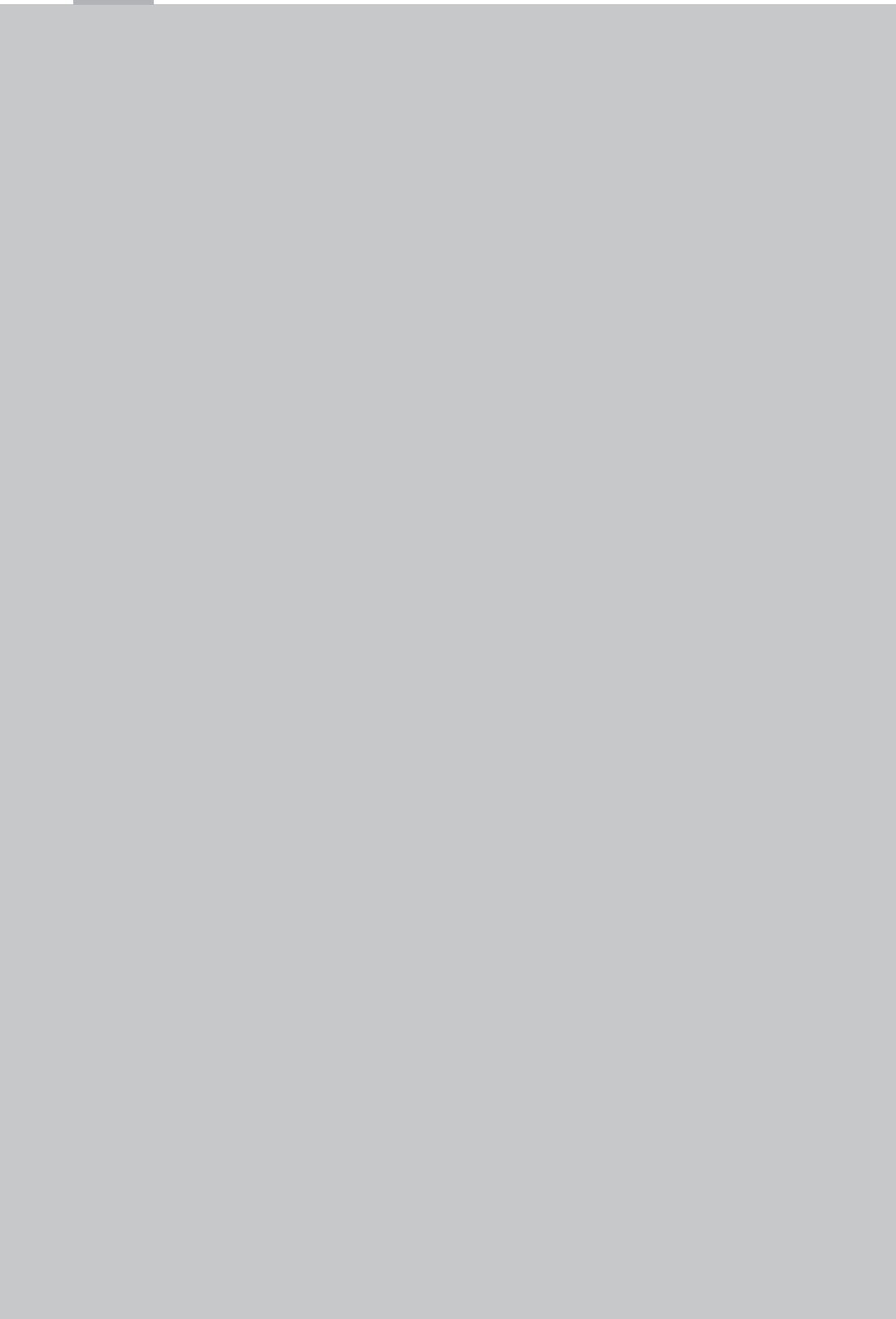
Der Artikel entstand im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“. Hier forschen seit 2010 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu aktuellen Themen der Auswärtigen Kultur und Bildungspolitik mit dem Ziel Wissenschaft, Praxis, Politik und Öffentlichkeit zu verbinden. Der Artikel bietet zudem einen Ausblick auf den Sammelband **„Zwischen den Fronten: Grenzen neutraler Berichterstattung“**, den das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) mit der Deutschen Welle im Steidl Verlag im Herbst 2013 publiziert.

Dem Autor des Artikels, Daniele Saracino möchte ich ganz herzlich für seine Arbeit danken. Zudem danke ich vielmals Ruth Vollmer (BICC) für die inhaltliche Betreuung.

Ihr

Ronald Grätz,

Generalsekretär des ifa (Institut für Auslandsbeziehungen)



1. Konfliktpotenziale beim Thema Migration nach Europa

Die Proteste in Tunesien gegen Machthaber Zine el-Abidine Ben Ali und dessen autokratischen Staatsapparat lösten im Dezember 2010 in Politik und Medien eine Welle der Solidarität aus. Nicht nur die Politik begrüßte das Freiheits- und Demokratiestreben in den Staaten Nordafrikas, auch die Medien begleiteten die Ereignisse überwiegend mit wohlwollender Zustimmung. Die internationale Gemeinschaft ging sogar soweit, in das Geschehen in Libyen militärisch einzugreifen. Damit übertrugen sich die daran beteiligten Staaten auf zweierlei Weise Verantwortung für das Schicksal der Bevölkerung: Einerseits durch die politische Förderung des freiheitlich-demokratischen Strebens, andererseits durch die militärische Intervention.

Kurz nach dem Ausbruch der Unruhen wurde das Verantwortungsbewusstsein der Europäischen Union auf die Probe gestellt, als sich die ersten Personen¹ auf den Weg über das Mittelmeer machten, um im vermeintlich sicheren Hafen Europa einen Ausweg aus den Zuständen in Nordafrika zu finden. Von diesem Zeitpunkt an wurde dann über die Medien der Eindruck erweckt, dass Europa eine unkontrollierbare „Welle“ (SZ, 14.2.2011) von Migranten erwarte, die ein entschiedenes Eingreifen der Staatengemeinschaft zur Abwehr dieses

„(Zu-)Stroms“ (NZZ, 11.2.2011) bzw. „Ansturms“ (Peters 2011) notwendig mache. Begriffe wie „Wirtschaftsflucht“ (Die Welt, 7.3.2011) oder die Warnung vor Terrorismus (vgl. SPIEGEL ONLINE, 19.4.2011) zeichneten ein Bild der Migranten, das ihnen die Legitimität ihres Vorhabens absprach. Fotos übervoller Flüchtlingsboote und eine übertriebene Gefahrenrhetorik der Politik, die über die Medien an die Öffentlichkeit kommuniziert wurden, bereiteten den Weg für die Maßnahmen der Europäischen Union (EU), gegen die plötzlich auftretende Zuwanderung vorzugehen. Dazu wurden häufig fragwürdige Narrative und rechtspopulistische Methoden benutzt:

„The myth of an invasion and unprecedented crisis that is being propagated by European governments seems to be influenced by domestic policy concerns and the growing influence of right-wing political parties, especially in Italy and France, rather than on solid facts“
(Perkowski 2012:28).

Dieses Zusammenspiel von Politik und Medien beeinflusste und verzerrte das in der Öffentlichkeit projizierte Bild. Zusammenhänge, Hintergründe und Verhältnismäßigkeiten der Migrationsbewegungen wurden kaum diskutiert. Dabei stellt sich für die Migrationsforschung die Frage, warum Medien den von der Politik vorgegebenen Diskurs offenbar weitgehend ungeprüft übernahmen. Gleichzeitig gilt es zu überlegen, welchen Beitrag sie selbst leisten kann, um die Wahrnehmung von Migration in Politik, Medien und Öffentlichkeit zu versachlichen.

Zu diesem Zweck wird im Folgenden die politische Antwort der EU auf die Migrationsbewegungen über das Mittelmeer des Jahres 2011 erläutert, um die politischen Maßnahmen während der Wanderungsprozesse mit dem in der Öffentlichkeit vermittelten Bild ins Verhältnis setzen zu können. Dies

¹ Die Unterscheidung von „Migranten“ und „Flüchtlingen“ ist in der Praxis schwierig durchzuführen. Die Genfer Flüchtlingskonvention stellt zwar eine rechtliche Basis dar, Flüchtlinge von Migranten zu unterscheiden, jedoch befindet sich die Anerkennung des Status oft in einer rechtlichen Grauzone, unterliegt dem politischen Willen der Nationalstaaten und ist damit in der Praxis fallibel. Solange Menschen „auf dem Weg“ sind und/oder keine unparteiische und juristisch saubere Statusdetermination stattgefunden hat, kann man weder de facto noch de jure zwischen Flüchtlingen und Migranten unterscheiden. Daher wird der vorliegende Artikel in diesen Fällen beide Begriffe verwenden, weil man davon ausgehen muss, dass Menschen, die ihr im Bürgerkrieg befindliches Land verlassen, Migranten auf der Flucht sind. Zur Vertiefung dieser Problematik siehe: Scalettaris (2007); Von Hear/Brubaker/Bessa (2009).

dient der Verdeutlichung des Konfliktpotenzials beim Thema Migration in Europa und soll Hinweise dafür liefern, welche Rolle Medien bei der Erzeugung und Verschärfung dieser innereuropäischen Konflikte spielen. Dabei stehen vor allem das Vorgehen der Europäischen Kommission (im Folgenden nur Kommission genannt) und die Maßnahmen des am stärksten von den Wanderungsbewegungen betroffenen Mitgliedstaats in Europa, Italien, im Vordergrund. Die Handlungen dieser beiden Akteure waren die Haupttriebkraft Europas in der Reaktion auf die Migrationsbewegungen. Mit einer sachlichen Darlegung der politischen Reaktionen soll ein Beitrag dazu geleistet werden, sowohl die europäische Migrationspolitik als auch die mediale Berichterstattung besser zu verstehen. Ferner werden kritische Punkte identifiziert, anhand derer man die strukturellen Probleme von Politik, Medien und Wissenschaft im Zusammenhang mit dem Thema Migration besser beleuchten kann. So werden die entscheidenden politischen Prozesse, ihre Hintergründe und Wirkungszusammenhänge erörtert, die in der medialen Verarbeitung der Ereignisse des Jahres 2011 so gut wie keine Rolle gespielt haben, für unser Verständnis und die öffentliche Meinungsbildung aber unabdingbar sind.

2. Die Frontex-Operation „Hermes“

Zur Erläuterung der „äußeren Dimension“ der politischen Antwort der EU auf die Migrationsbewegungen aus den Staaten des „Arabischen Frühlings“ nach Europa dienen die Operation „Hermes“ der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) sowie die offiziellen Vorschläge der Kommission zum gemeinsamen Vorgehen der EU. Die Einsätze der europäischen Grenzschutzagentur auf dem Mittelmeer sind meist wenig transparent und finden in einer moralischen und rechtlichen Grauzone statt. Auf der anderen Seite lässt sich anhand der Veröffentlichungen der Kommission zu den Migrationsbewegungen gut nachvollziehen, welche politischen Ziele die EU verfolgte.

Schon kurz nach Ausbruch der Revolte in Tunesien machten sich Menschen in meist kleinen, kaum seetauglichen Booten auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer, um europäisches Territorium zu erreichen. Allein zwischen dem 9. und 12. Februar 2011 landeten über 3.000 Migrant*innen auf der italienischen Insel Lampedusa (vgl. Monzini 2011:2). Angesichts dieser Ereignisse sah sich der damalige italienische Innenminister Roberto Maroni von der rechtspopulistischen Lega Nord am 14. Februar 2011 dazu veranlasst, öffentlich die Erwartung eines „Exodus biblischen Ausmaßes“ anzukündigen (vgl. Ziniti 2011). Dies war nur die Spitze einer breit angelegten Kampagne der Berlusconi-Regierung in den Medien, die die europäische Öffentlichkeit für die Ereignisse im Mittelmeer sensibilisieren sollte und dabei auf populistische Parolen zurückgriff. Daraufhin wurde am 20. Februar 2011, auf Antrag und unter der Führung Italiens, die Frontex-Mission „Hermes“ gestartet (vgl. Frontex Pressemitteilung, 21.2.2011).

Diese zwölf Millionen Euro teure Operation (vgl. Garlick/van Selm 2012:21) diene der Überwachung des Seeweges und der Verhinderung „illegitimer“ Grenzüberschreitungen auf die Pelagischen Inseln, Sizilien und das italienische Festland (vgl. Frontex Pressemitteilung, 21.2.2011, Seite 2). Auch die europäische Polizeibehörde Europol wurde in die Operation involviert, um Kriminelle unter den Migranten identifizieren zu können (vgl. Europäische Kommission 2011a:5). Insgesamt beteiligten sich 14 Mitgliedstaaten an der Mission.

„Hermes“ stand vom ersten Einsatztag an unter massiver öffentlicher Kritik. Zivilgesellschaftliche Gruppen stellen die Arbeit der Grenzschutzagentur grundsätzlich in Frage und werfen ihr schwerwiegende Mängel unter anderem in Bezug auf Transparenz, Einhaltung der Menschenrechte und Gewährleistung des Flüchtlingsschutzes vor. Im Falle der Vorkommnisse während des „Arabischen Frühlings“ war dies nicht anders. Wie berechtigt solche Bedenken sind, kann anhand eines besonders gut dokumentierten Vorfalls vom März 2011 nachvollzogen werden: Ein Flüchtlingsboot mit über 70 Menschen an Bord wurde kurz nach seiner Abreise manövrierunfähig. Obwohl dies von den zuständigen europäischen Behörden bemerkt wurde, wurden die Flüchtlinge nicht gerettet, wobei 59 Menschen ihr Leben verloren.

Nachdem das Boot nach 15 Tagen auf See wieder an die libysche Küste zurückgespült wurde, wurden die elf Überlebenden festgenommen (vgl. Strik 2012). Dieser in der Öffentlichkeit als *left-to-die*-Ereignis bekannt gewordene Vorfall ist weder ein seltenes noch ein isoliertes Beispiel des europäischen Umgangs mit Mittelmeermigration und zeigt gleich mehrere Probleme der europäischen Migrationspolitik auf: So kommt es im Mittelmeer im Zuge der *push-back*-Praxis nicht nur zu unterlassener Hilfeleistung von in Not geratenen Flüchtlingen, sondern auch dazu, dass Frontex gesichtete

Migrantenboote an der Weiterfahrt hindert und/oder an die Herkunftsorte zurückschickt, obwohl dieses Vorgehen auch unter Juristen höchst umstritten ist (vgl. Fischer-Lescano/Löhr 2007). Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat der *push-back*-Praxis sogar in einem Urteil seine Legitimität abgesprochen (vgl. Den Hertog 2011:2).

Die unverminderte Anwendung dieser Praxis lässt sich sowohl auf einen mangelhaften Rechtsrahmen von „Search and Rescue“ auf See zurückführen, als auch auf die fehlende Rechenschaftspflicht und Überwachung im Mittelmeer. Ferner sind auf Frontex-Einsätzen keine unabhängigen Beobachter erlaubt. Die Migranten selbst können im Prinzip Rechtsverletzungen gegen sie kaum geltend machen und befinden sich damit bei ihrer Überfahrt im quasirechtsfreien Raum. Darüber hinaus werden auch private Fischer beispielsweise durch italienische Behörden eingeschüchtert, indem diese die Rettung von Menschen in Seenot kriminalisieren. Letzten Endes ist aber die mangelnde Solidarität der zentralen Mitgliedstaaten mit den Mittelmeer-Anrainerstaaten entscheidend: Sie bieten weder ihre Hilfe – zum Beispiel durch Übernahme von Flüchtlingskontingenten – an, noch können sie sich zu Kompromissen bezüglich einheitlicher Regeln im Mittelmeer einigen. Das Dublin-System, welches regelt, dass Asylgesuche ausschließlich in dem Mitgliedstaat des Schengenraums gestellt werden dürfen, welches die schutzsuchende Person zuerst betreten hat, verschlimmert diese Ausgangssituation noch (vgl. ebd.:5ff). Zudem vermischt Frontex, die in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung und Machtfülle gewonnen hat, in ihrer Rhetorik Migration und Kriminalität und konstruiert somit alle Migranten als potentielle Straftäter. So werden schutzbedürftige Menschen als Bedrohung gedeutet und damit ihrer internationalen Schutzansprüche beraubt (vgl. Perkowski 2012:28f). Das Ergebnis kann folgendermaßen zusammengefasst werden:

„Combined with a policy framing of migration that is increasingly dominated by security concerns, in which migrants and asylum-seekers are inherently depicted as a threat, the result is a restrictive stance on human mobility, in which the overriding concern is to stem irregular immigration“ (Carrera/den Hertog/Parkin 2012:17).

Die zunehmende Kooperation von Frontex und Europol, wie auch im Falle von „Hermes“, verstärkt dieses verzerrte Narrativ. Menschen mit einem realen Rechtsanspruch werden von vielen zuständigen Politikern a priori als „falsche“ Migranten beziehungsweise Asylsuchende („bogus migrants/asylum seekers“) vorverurteilt (vgl. Martin 2011:3), ohne die Realität von gemischten Migrationsströmen² zu reflektieren oder eine humanitäre Sicht- und Handlungsweise, die die Schutzbedürftigkeit der Migranten priorisiert, in Betracht zu ziehen. Dies wiederum führt zum Scheitern der europäischen Migrationspolitik im Mittelmeer und gibt sich als systemisches Problem der EU in der äußeren Dimension ihrer Migrationspolitik³ zu erkennen (vgl. Den Hertog 2011:6).

3. Die Vorschläge der Kommission

Bereits am 8. März 2011 veröffentlichte die Kommission das Papier *A Partnership for Democracy and Shared Prosperity with the Southern Mediterranean* (Europäische Kommission 2011b), das die langfristigen Ziele der Zusammenarbeit zwischen der EU und den Staaten der arabischen Revolten festlegte. Dabei lag eine der Prioritäten auf dem Umgang mit Mobilität, für welche Mobilitätspartnerschaften als Mittel für eine geregelte Migration zwischen den Anrainerstaaten dies- und jenseits des Mittelmeeres bestimmt wurden. Da die Pläne durch die Generaldirektion „Inneres“ umgesetzt werden sollten, deutete sich jedoch schon an, dass der Fokus auf einseitigem Migrationsmanagement, Grenzkontrollen und der Verhinderung von irregulärer Migration liegen würde (vgl. Carrera/den Hertog/Parkin 2012:9).

Am 4. Mai 2011 folgte dann das erste Papier, das sich ausschließlich mit Migrationsfragen im Zuge des „Arabischen Frühlings“ beschäftigte: die *Communication on Migration* (Europäische Kommission 2011a). Dies war eine Reaktion auf die breite öffentliche Debatte über die „Flüchtlingskrise“ und speziell auf die französisch-italienische Auseinandersetzung im Vormonat, auf die im Folgenden noch weiter eingegangen wird. Inhaltlich bildet es das Zwischenstück zwischen dem am 8. März 2011 veröffentlichten Papier und dem am 24. Mai 2011 publizierten *A Dialogue for Migration, Mobility and Security with the Southern Mediterranean Countries* (Europäische Kommission 2011c). Alle drei Veröffentlichungen unterscheiden kurzfristige und langfristige Maßnahmen. Als zentral für die zukünftige Zusammenarbeit in Mobilitätsfragen werden dabei immer die Implementierung von Frontex-Operationen zur Verhinderung von irregulärer Migration, Rückführungsvereinbarungen und die Mobilitätspartnerschaften identifiziert. Möglichkeiten zu einer regulierten Mobilität in beide Richtungen werden

2 Der Begriff „mixed (migration) flows“ beschreibt die Tatsache, dass Menschen aus verschiedenen Gründen migrieren und sich daher nur schwer kategorisieren lassen. Migration ist generell uneinheitlich in Bezug auf Motivation, Gestalt, Art und Ausprägung. Ferner nutzen diese Migranten oft die gleichen Wanderungswege. Daher kann man auch keine Ad-hoc-Pauschalisierung bei der Beschreibung von Wanderungsbewegungen vornehmen. Siehe dazu: Linde (2011); Van der Klaauw (2010).

3 Diese Verlagerung der Migrationspolitik nach außerhalb der Schengen-Grenzen ist eine seit nunmehr zwei Jahrzehnten andauernden Strategie der EU mit dem Ziel, das Ankommen von Drittstaatsangehörigen auf europäischen Boden gar nicht erst zuzulassen und die damit einhergehenden Pflichten zu umgehen. Siehe dazu: Guild (2006); Schlentz (2010).

dabei nur vage berührt und stark konditional festgelegt. Insgesamt sticht besonders hervor, dass auf eine reale Solidarität und Übernahme von Verantwortung durch die EU in Form einer Öffnung ihrer Migrationskanäle nicht konkret eingegangen wird. Außerdem wird Migration kontinuierlich mit Kriminalität verknüpft und so unter den Sicherheitsaspekt gestellt.⁴

Das vorerst letzte Papier der Kommission in dieser Frage, der *Global Approach to Migration and Mobility* (GAMM) vom 18. November 2011 (Europäische Kommission 2011d), die Neuauflage des „*Global Approach to Migration*“ aus dem Jahre 2005, bestätigt diesen Eindruck. Hier bettet die Kommission den Migrationsaspekt in die Außenpolitik der EU ein. Sie stellt den GAMM auf vier Säulen, von denen zwei auf den Zusammenhang von Legalität und Migration abzielen und eine die Förderung der äußeren Dimension der Asylpolitik postuliert. An dieser Stelle wird die große Diskrepanz zwischen der Rhetorik und der Realität des Handelns der EU bezüglich einer Solidarität mit den Umbruchstaaten deutlich.

In der Berichterstattung gingen diese Vorgänge nahezu unter. Eine mediale Darstellung dieser politischen Maßnahmen wäre aber zwingend erforderlich gewesen, um der Öffentlichkeit die Hintergründe und Zusammenhänge europäischer Politik in Bezug auf Migration verständlich zu machen. Warum diese Informationen nicht über die Massenmedien transportiert wurden, darauf kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Zweifellos benötigt die Analyse solcher Prozesse aber Aspekte, die in der heutigen Medienlandschaft immer weniger vorhanden sind: Eine hinreichende Expertise der Journalisten, Ressourcen zur Recherche und den redaktionellen Willen zur Freigabe solcher Hintergrundberichte, die tendenziell eher sensationsarm

sind. In Deutschland wurden ähnliche Phänomene bereits bei der ebenfalls die Migration betreffenden „Asyldebatte“ in den 1990er Jahren festgestellt und tiefgehend untersucht.⁵

4. Das Vorgehen einzelner Mitgliedstaaten

Um die politische Antwort der Europäischen Union auf die Migrationsbewegungen während der Revolten in den Staaten Nordafrikas hinreichend einordnen zu können, muss man auch deren „innere Dimension“ erörtern. Dabei wird im Folgenden vor allem das Vorgehen Italiens beleuchtet, das als Hauptankunftsziel unter den EU-Mitgliedstaaten am meisten Verantwortung im Umgang mit den Migranten trug. Die italienische Regierung reagierte dabei teils mit Alleingängen und forcierte teils eine Konfrontation mit anderen Mitgliedstaaten und der Kommission. Beides sorgte für große Spannungen innerhalb des europäischen Bündnisses und offenbarte erneut das inhärente Konfliktpotential der Migration in die EU.

Als sich bereits Anfang Februar 2011 herausstellte, dass jene Menschen aus den Staaten der „Arabellion“, die die gesamte nordafrikanische Krisenregion verlassen wollten, hauptsächlich die kleine italienische Insel Lampedusa im Mittelmeer zu erreichen suchten, schlug die Mitte-Rechts-Regierung unter Ministerpräsident Silvio Berlusconi öffentlich Alarm und beantragte den Einsatz von Frontex, um der Lage Herr zu werden. Am 1. April 2011 warnte Berlusconi sogar vor einem „menschlichen Tsunami“ und betonte, dass die Lösung dieses Immigrationsaufkommens nur die sofortige Rückkehr der Immigranten in ihre Heimatländer sein könne (vgl. La Repubblica, 1.4.2011). Bis zum 6. April 2011 hatten

4 Für eine ausführliche Analyse des „Dialogs“ mit Blick auf den erneuerten *Global Approach to Migration and Mobility*: Carrera (2011).

5 Zu diesem umfangreich untersuchten Themenkomplex empfehle ich: Böke/Jung/Wengeler (1997); Holtz-Bacha/Nieland/Schatz (2000); Butterwege/Hentges/Sarigöz (1999).

390 Flüchtlingsboote Italien erreicht und etwa 25.000 Menschen an Land gebracht. Der Großteil von ihnen war tunesischer Herkunft (vgl. Monzini 2011:2).

Diese Zahlen stellen keine neue Dimension der Migration nach Italien in einem relativ kurzen Zeitraum dar. Die Ankunft von Flüchtlingen über See an italienische Küsten betrug bereits in den Jahren 2005 bis 2008 jeweils immer über 20.000 – 2008 sogar knapp 37.000 (vgl. Fandrich/Fargues 2012:17). Gleichzeitig hatte Tunesien im Frühjahr und Sommer 2011 selbst mehrere hunderttausend Flüchtlinge aus Libyen aufgenommen, genauso wie Ägypten (vgl. ebd.:10). Wenn man bedenkt, dass alleine während des Bürgerkrieges in Libyen über eine Million Menschen aus dem Land flüchteten (vgl. ebd.:4) und seine Nachbarländer eine Politik der offenen Türen verfolgten, erscheint die Zahl der in Europa angekommenen Flüchtlinge verschwindend gering und die öffentliche Debatte darüber entsprechend realitätsfern. Auch bezüglich dieser Kontrastierung, die ein Verständnis der realen Lage der Fluchtbewegungen aus den arabischen Ländern in alle betroffenen Regionen hätte fördern und damit die europäische „Last“ ins rechte Licht hätte rücken können, fehlte es in der Berichterstattung der Medien.

Am 5. April 2011 eskalierte die Situation, als die italienische Regierung ein Dekret erließ, das allen vom 1. Januar bis 5. April angekommenen tunesischen Immigranten Aufenthaltsgenehmigungen aus „humanitären Gründen“ zusicherte, welche ihnen Freizügigkeit im Schengenraum ermöglichte (vgl. Di Pascale/Nascimbene 2011:352). Kurz zuvor hatte der italienische Innenminister Roberto Maroni in Tunesien ein Repatriierungsabkommen zwischen beiden Ländern ausgehandelt. Darin verpflichtete sich Tunis, die Anstrengungen zur Verhinderung von weiteren Ausreisen nach Italien zu erhöhen und zurückkehrende Migranten zu akzeptieren. Im Gegenzug garantierte Italien die Zahlung

von 200 Millionen Euro. Das Abkommen trat am 6. April 2011 in Kraft (vgl. Carrera/den Hertog/Parkin 2012:5f). Zur gleichen Zeit trieb die italienische Regierung eine Aktivierung der Richtlinie 2001/55/EG⁶ voran, welche die dort festgelegten Maßnahmen zum vorübergehenden Schutz auf europäischer Ebene implementiert hätte, wozu auch die von Italien im Alleingang durchgeführte Gewährung einer vorübergehenden Bewegungsfreiheit gezählt hätte. Bei der Annahme des Antrags wären zudem die anderen Mitgliedstaaten dazu verpflichtet worden, Italien bei der Bewältigung des Flüchtlingsaufkommens zu unterstützen, zum Beispiel durch Übernahme von Flüchtlingskontingenten. Der Rat für Justiz und Inneres lehnte den Antrag auf einer Tagung am 11. und 12. April 2011 ab (vgl. Di Pascale/Nascimbene 2011:346f). Nachdem die temporären Aufenthaltsgenehmigungen an die tunesischen Migranten vergeben worden waren, machten sich viele von ihnen auf den Weg nach Frankreich. Das italienische Vorgehen wurde währenddessen von anderen Mitgliedstaaten wie Deutschland, den Niederlanden, Österreich oder Belgien öffentlich und medienwirksam kritisiert (vgl. Carrera et al. 2011:2). Daraufhin installierte die französische Regierung unter Präsident Nicolas Sarkozy wieder Grenzkontrollen am Übergang zu Italien, um die Einreise der Tunesier zu verhindern. Dabei wurde auch Repräsentanten von Nichtregierungsorganisationen, die die Migranten begleiteten, die Einreise verwehrt (vgl. Carrera 2012:3).

Das Dekret der italienischen Regierung, das zur Ausstellung der temporären Aufenthaltsgenehmigungen führte, war der Versuch, eine europäische Solidarität durch die Hintertür zu erzwingen und darüber hinaus die tunesischen Migranten zu ermu-

6 Hierbei handelt es sich um die Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten.

tigen, das Land zu verlassen. Sergio Carrera und Kollegen bemerken hierzu, dass dieses Vorgehen dem Prinzip der loyalen Kooperation in der EU, das in Artikel 4 (3) des Vertrages über die Europäische Union (vgl. Amtsblatt der Europäischen Union 2010) in seiner letzten Form vorgeschrieben ist, widerspreche (vgl. Carrera et al. 2011:18). Auf der anderen Seite sei das französische Vorgehen gegenüber dem fundamentalen EU-Recht auf Bewegungsfreiheit exzessiv gewesen. Jene Praxis habe das Fehlen einer Solidarität ausgedrückt, nicht nur gegenüber dem Nachbarland Italien, sondern auch gegenüber den Umbruchstaaten und nicht zuletzt den Migranten selbst. Die Legitimität der gesamten europäischen Migrationspolitik stehe hier auf dem Spiel:

„The Franco-Italian Affair therefore reveals a rather shameful ‘race to the bottom’ by two Schengen members [...] as regards the principles of solidarity, mutual respect, loyal cooperation and fundamental rights protection” (ebd.:19).

Der Fall des italienisch-französischen Konflikts zeigt, dass der Sicherheitsfokus der europäischen Immigrationspolitik ineffektiv und kontraproduktiv in Bezug auf die grundlegenden und allgemeinen Prinzipien der EU ist. Sowohl was die „humanitäre Notwendigkeit“ des italienischen Vorgehens anging, als auch bezüglich der Maßnahmen der französischen Regierung, welche ihre Reaktion mit der Gefährdung der inneren Sicherheit und der öffentlichen Ordnung begründete, gab es innerhalb der Kommission Zweifel. Die Bedenken bezogen sich auf die Vereinbarkeit dieser Prozesse mit dem Rechts- und Wertesystem der EU (vgl. Carrera/den Hertog/Parkin 2012:7). Trotzdem brachte die Kommission in der Folge das *Schengen Governance Package* hervor, mit dessen Inhalt sie augenscheinlich auf die Forderungen der einzelnen Mitgliedstaaten einging (vgl. Europäische Kommission 2011e).

Nach dieser kurzen Eskalation zwischen den beiden Mitgliedstaaten Italien und Frankreich trafen sich die Regierungschefs der beiden Länder am 26. April 2011 zu einem Gipfel, an dessen Ende ein gemeinsamer Brief an Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Ratspräsident Herman van Rompuy verfasst wurde. In diesem Brief forderten Berlusconi und Sarkozy die Kommission und den Europäischen Rat auf, das Schengen-System angesichts der Vorkommnisse zu reformieren, besonders hinsichtlich der Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Diesem Anliegen wurde durch die Kommission prompt Folge geleistet, als Barroso in seiner Antwort die Präsentation neuer Maßnahmen ankündigte (vgl. Carrera 2012:4). Der Druck von einzelnen Mitgliedstaaten auf die supranationale Ebene wurde noch weiter verstärkt, als zum Beispiel Dänemark im Mai 2011 an seinen Binnengrenzen permanente Zollkontrollen zur Bekämpfung „zunehmende[r] grenzüberschreitende[r] Kriminalität“ einsetzte (vgl. ZEIT ONLINE, 11.5.2011). Nach den Wahlen in Dänemark und der Ablösung der Regierung im Oktober 2011 wurde diese Maßnahme allerdings wieder aufgehoben (vgl. Carrera 2012:5f).

Italien verfolgte nach dem bereits im Februar mit Tunesien unterzeichneten Abkommen auch weiterhin intensiv sein Ziel der Abwehr von Migranten. Am 17. Juni 2011 – während der Bürgerkrieg in Libyen noch in vollem Gange war – unterzeichnete die italienische Regierung mit dem libyschen Nationalen Übergangsrat eine Vereinbarung für den Kampf gegen die Migrationsbewegungen aus dem Land und zur Rückkehr irregulärer Migranten. Tausende Flüchtlinge wurden daraufhin zurückgeschickt, was unter zivilgesellschaftlichen Akteuren heftige Kritik auslöste. Gerade die Verletzung des Non-Refoulement-Gebots⁷ stand dabei im Zentrum der Einwände. Einige Vereinbarungen des Freund-

7 Das Non-Refoulement-Gebot der Genfer Flüchtlingskonvention besagt, dass eine Person nicht in ein Land zurückgeschickt werden darf, wenn ihr dort Gefahr für Leib oder Leben droht.

schaftsvertrags zwischen Italien und dem von Muammar al-Gaddafi geführten Libyen wurden übernommen, woran man ablesen kann, dass die italienische Regierung nicht etwa eine solidarische Lösung mit einem in Not geratenen Partnerland und seinen Bewohnern zum Ziel hatte, sondern die Wiederherstellung des Status quo.

Das innereuropäische Konfliktpotential wurde weiter angefacht durch die Entwicklungen an der südlichen Grenze Griechenlands. Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, die Niederlande, Belgien und Schweden drohten im März 2012, Kontrollen an ihren Binnengrenzen wieder einzuführen, falls die griechische Regierung die Probleme an der Grenze zur Türkei nicht in den Griff bekäme (vgl. Carrera 2012:22). Auf dem Höhepunkt des französischen Wahlkampfes drohte der damalige Präsident Sarkozy sogar medienwirksam, Frankreichs Mitgliedschaft im Schengen-System auszusetzen (vgl. ZEIT ONLINE, 11.3.2012). Indessen konnte man auch im März 2013 den schwelenden Konflikt um Verantwortung und Macht beim Thema Immigration in den Schengenraum weiter beobachten. In der Diskussion um den Schengen-Beitritt von Rumänien und Bulgarien trugen die Mitgliedstaaten und die Kommission ihren Disput bei der so genannten „Armutseinwanderung“ öffentlich aus. Hier warnen einige Mitgliedstaaten davor, einen Zugang zur Freizügigkeit für diese beiden Staaten zu den bisher gültigen Bedingungen zuzulassen, da sie eine exorbitante Einwanderung von sozial schwachen Bürgern in die heimischen Sozialsysteme erwarten. Nachdem vor allem Deutschland durch seinen Innenminister Hans-Peter Friedrich vor einem „Flächenbrand und ein[em] Sprengsatz für die europäische Solidarität“ warnte, antwortete der Sprecher von Sozialkommissar László Andor:

„Im Augenblick ist das kein Problem, sondern nur eine Wahrnehmung in den Mitgliedstaaten, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat“
 (Busse 2013).

Dies ist auf der diplomatischen Bühne Europas ein durchaus bemerkenswert harscher Ton. Er zeigt, auf welcher Stufe der innereuropäische Konflikt bezüglich des Schengen-Systems angekommen ist. Leider deutet er ebenfalls an, wie Kernstaaten der EU mittlerweile über eines der wichtigsten Projekte der europäischen Integration – die Bewegungsfreiheit ihrer Bürger – denken und in eine zweifelhafte Richtung drängen.

5. Den Mythen der Migration begegnen

Als es auf der *Ministerial Pledging Conference* am 12. Mai 2011 darum ging, von Seiten der Mitgliedstaaten konkrete Zusagen zur Aufnahme von Flüchtlingen zu machen, die in den Lagern gestrandet waren, standen nicht nur die Werte der EU, sondern auch ihre interne Solidarität einerseits und ihre Solidarität gegenüber den Umbruchstaaten andererseits auf dem Spiel. Man einigte sich zunächst auf die gemeinsame Aufnahme von 700 Menschen (vgl. Pressemitteilung der Europäischen Kommission, 13.5.2011). Die EU-Kommissarin für Innere Angelegenheiten, Cecilia Malmström, urteilte später, dass die EU die Flüchtlinge im Stich gelassen habe (vgl. Carrera/den Hertog/Parkin 2012:8). Tatsächlich hat die gesamte EU bis Anfang 2012 lediglich 600 Flüchtlinge aufgenommen. Norwegen akzeptierte dagegen alleine 500 Menschen, die USA 700 und Australien 100 (vgl. Garlick/van Selm 2012:21).

Im gleichen Zeitraum – vom Ausbruch der Revolten an – starben nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR etwa 1.500 Menschen bei ihrer Überfahrt über das Mittelmeer (vgl. Den Hertog 2011:3). Die Zahlen der Organisation „Fortress Europe“ sind gar noch höher, dort wurden im Jahr 2011 knapp 2.000 Tote gezählt (vgl. Martin 2011:1). Wie viele Menschen bei ihrer Flucht innerhalb der Umbruchstaaten selbst, zum Beispiel in der Sahara, umgekommen sind, ist dabei noch gar nicht berücksichtigt (vgl. Fandrich/Fargues 2012:4). Setzt man diese Zahlen insgesamt ins Verhältnis zu dem oben beschriebenen gesamten Aufkommen von Fluchtbewegungen, mutet die Berichterstattung in europäischen Medien zynisch an. Zudem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der in der Öffentlichkeit geschaffene Diskurs die nun als fadenscheinig entlarvte europäische Solidarität mit den Umbruchstaaten sogar noch

legitimiert hat. Der Aufnahmewillen und damit die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung – so kann man an diesen Zahlen erkennen – waren schlicht nicht vorhanden. Im Gegenteil: Europas Schuld an tausenden toten Flüchtlingen wird, wenn überhaupt, nur von zivilgesellschaftlichen Gruppen thematisiert. Die Massenmedien machen sich durch eine solche lückenhafte und unausgewogene Berichterstattung zum Wegbereiter und Handlanger einer verfehlten europäischen Politik.

Die externalisierte Migrationspolitik der EU im Allgemeinen und einiger Mitgliedstaaten im Speziellen, die es unter anderem der unzufriedenen, gut ausgebildeten Jugend in den Umbruchstaaten unmöglich gemacht hat, ihren gesellschaftlichen Wert in den Staaten Europas unter Beweis zu stellen, wird von einigen Experten als Voraussetzung (vgl. Kasperek 2011:16) beziehungsweise sogar entscheidender Faktor (vgl. De Haas/Sigona 2012:5) für die Revolten in den Staaten Nordafrikas gesehen. Neben den bereits beschriebenen zahlreichen moralischen und rechtlichen Problemen der Migrationspolitik der EU ergibt dieses Vorgehen auch unter dem Gesichtspunkt der Wohlstandserhaltung beziehungsweise -vermehrung Europas wenig Sinn. Der Bedarf an Zuwanderung in die EU-Staaten ist durch den demografischen Wandel enorm und wird künftig sogar noch ansteigen (vgl. Angenendt 2011:58). Anstatt also die Chance in den Umbrüchen Nordafrikas zu sehen, engere Kooperation, echte Partnerschaft und die Gewährleistung der europäischen Werte anzustreben, und sich außerdem noch einen Standortvorteil im Kampf um die besten Köpfe zu verschaffen, wurde die Möglichkeit vertan, den politischen Willen zu einer geteilten Verantwortung und echter Solidarität zu zeigen. Stattdessen wird Migration nach wie vor mehr als Last denn als Chance verstanden. Dabei zeigt sich auch die Doppelmoral der EU in ihrer Antwort auf die „Arabelion“: Demokratisierung ist willkommen, die Menschen hingegen nicht. Letztlich war der Zulauf von

Migranten in die EU während der „Arabellion“ sogar zu gering, um die Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander im vollen Umfang auf die Probe zu stellen (vgl. Garlick/van Selm 2012:22). Dagegen hat sich gezeigt, dass in Europa im Fall der Fälle Sicherheit immer das Menschenrecht schlägt. Der vorherrschende Sicherheitsdiskurs und die dadurch produzierten Mythen in Bezug auf die Migrationsthematik sorgen dafür, dass die europäischen Werte angesichts echter humanitärer Verantwortung erodieren. Dieser ausschließende und sowohl von Medien als auch Politikern getragene Diskurs, der vor allem die Verhinderung irregulärer Migration zum Ziel hat, kann eine generelle Intoleranz und Xenophobie verstärken. Darüber hinaus verschlechtert es auch den Status der bereits in der EU lebenden Immigranten (vgl. Perkowski 2012:30). In diesem Rahmen werden von Politikern häufig realitätsferne Argumente benutzt, die erstaunlich selten von den Medien auf ihre Richtigkeit hin überprüft werden:

„However, the response in terms of addressing the possible, and actual, influx of people seeking protection in the EU seemed to reveal a certain disjuncture between alarmist concerns and the reality“ (Garlick/van Selm 2012:20f).

Es ist daher notwendig, dass die Medien einen Weg finden, über das Thema Migration ausgewogen, unvoreingenommen und unter Bezugnahme auf Hintergrundinformationen zu berichten. Ihr Auftrag und ihre Aufgabe sollte es sein, verzerrte Narrative und Diskurse, die von der Politik in die Öffentlichkeit getragen werden, ins rechte Licht zu rücken, um den Rezipienten möglichst klare und vollständige Informationen zu liefern, anhand derer sie sich eine Meinung bilden können. Gerade beim komplexen Thema Migration ist dies jedoch auffallend häufig nicht der Fall, weshalb auch die Migrationsforschung ihre Anstrengungen erhöhen muss, einen Beitrag zur Auflösung gängiger Mythen beim Thema Migration zu leisten.

LITERATUR

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2001/L 212/12 (2001): Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten. Brüssel.

Amtsblatt der Europäischen Union 2010/C 83 (2010): Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Luxemburg.

Angenendt, Steffen (2011): Migration aus den Umbruchstaaten in die EU: Gesamtansatz Migration und Mobilitätspartnerschaften. In: Asseburg, Muriel (Hrsg.): Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt. Akteure, Herausforderungen, Implikationen und Handlungsoptionen. SWP-Studie. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin, S. 58–60.

Busse, Nikolas (2013): EU-Kommission bezweifelt Armutseinwanderung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.3.2013. <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/friedrich-es-droht-flaechenbrand-eu-kommission-bezweifelt-armutseinwanderung-12106669.html> (Stand: 18.3.2013).

Butterwege, Christoph/Hentges, Gudrun/Sarigöz, Fatma (1999) (Hrsg.): Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich Verlag.

Carrera, Sergio (2012): An Assessment of the Commission's 2011 Schengen Governance Package. Preventing abuse by EU member states of freedom of movement? CEPS Paper in Liberty and Security in Europe, March 2012, Centre for European Policy Studies, Brussels.

Carrera, Sergio (2011): The EU's Dialogue on Migration, Mobility and Security with the Southern Mediterranean. Filling the Gaps in the Global Approach to Migration. CEPS Paper in Liberty and Security in Europe, June 2011, Centre for European Policy Studies. Brussels.

Carrera, Sergio/den Hertog, Leonhard/Parkin, Joanna (2012): EU Migration Policy in the wake of the Arab Spring. What prospects for EU-Southern Mediterranean relation? MEDPRO Technical Report, 15. Brussels.

Carrera, Sergio/Guild, Elspeth/Merlino, Massimo/Parkin, Joanna (2011): A Race against Solidarity. The Schengen Regime and the Franco-Italian Affair. CEPS Paper in Liberty and Security in Europe, April 2011, Centre for European Policy Studies. Brussels.

De Haas, Hein/Sigona, Nando (2012): Migration and Revolution. In: *Forced Migration Review*, 39, S. 4–5.

Den Hertog, Leonhard (2011): Two Boats in the Mediterranean and their Unfortunate Encounters with Europe's Policies towards People on the Move. CEPS Paper in Liberty and Security in Europe, July 2012, Centre for European Policy Studies. Brussels.

Di Pascale, Alessia/Nascimbene, Bruno (2011): The 'Arab Spring' and the Extraordinary Influx of People who arrived in Italy from North Africa. In: *European Journal of Migration and Law*, 13 (4), S. 341–360.

Europäische Kommission (2011a): Communication on Migration. COM (2011) 248 final, 4.5.2011. Brussels. http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/1_EN_ACT_part1_v11.pdf (Stand: 28.4.2013).

Europäische Kommission (2011b): A Partnership for Democracy and Shared Prosperity with the Southern Mediterranean. COM(2011) 200 final, 8.3.2011. Brussels. http://eeas.europa.eu/euromed/docs/com2011_200_en.pdf (Stand: 28.4.2013).

Europäische Kommission (2011c): A Dialogue for Migration, Mobility and Security with the Southern Mediterranean Countries. COM(2011) 292 final, 24.5.2011. Brussels. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0292:FIN:EN:PDF> (Stand: 28.4.2013).

Europäische Kommission (2011d): The Global Approach to Migration and Mobility. COM(2011) 743 final, 18.11.2011. Brussels. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0743:FIN:EN:PDF> (Stand: 28.4.2013).

Europäische Kommission (2011e): Schengen governance – strengthening the area without internal border control. COM (2011) 561 final, 16.9.2011. Brussels. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0561:FIN:EN:PDF> (Stand: 28.4.2013).

Fandrich, Christine/Fargues, Philippe (2012): Migration after the Arab Spring. MPC Research Report 2012/09. Robert Schumann Centre for Advanced Studies. European University Institute. San Domenico di Fiesole.

Fischer-Lescano, Andreas/Löhr, Tillmann (2007): Menschen- und flüchtlingsrechtliche Anforderungen an Maßnahmen der Grenzkontrolle auf See, Rechtsgutachten. http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Kampagnen/Stoppt_das_Sterben/Gutachten_Geltung_MRE_auf_See_Sept._2007.pdf (Stand: 28.4.2013).

Frontex Pressemitteilung (21.2.2011): „Hermes 2011 Running“.

Garlick, Madeline/van Selm, Joanne (2012): From commitment to practice: the EU response. In: *Forced Migration Review*, 39, S. 20–22.

Guild, Elspeth (2006): The Europeanisation of Europe's Asylum Policy. In: *International Journal of Refugee Law*, 18 (3–4), S. 630–651.

Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe/Schatz, Heribert (2000) (Hrsg.): *Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Jung, Matthias/Wengeler Martin/Böke, Karin (1997) (Hrsg.): *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kasperek, Bernd (2011): Revolution. Macht. Migration. In: *Hinterland Magazin*, 16, S. 16–25.

La Repubblica (2011): No delle Regioni alle tendopoli. Berlusconi: „Soluzione è il rimpatrio“. http://www.repubblica.it/cronaca/2011/04/01/news/non_c_accordo_tra_governo_e_regioni-14372543/ (Stand: 28.4.2013).

Linde, Thomas (2011): Mixed Migration – A Humanitarian Counterpoint. In: *Refugee Survey Quarterly*, 30 (1), S. 89–99.

Lisson, Urszula/Weinzierl, Ruth (2007): *Grenzschutz und Menschenrechte. Eine europarechtliche und seerechtliche Studie*. http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/studie_grenzschutz_und_menschenrechte.pdf (Stand: 28.4.2013).

Martin, Marie (2011): The Arab Spring and the death toll in the Mediterranean: the true face of Fortress Europe. *Statewatch Journal* 21 (3). Statewatch. London.

Monzini, Paola (2011): Recent Arrivals of Migrants and Asylum Seekers by Sea to Italy: Problems and Reactions. ARI, 75/2011. Real Instituto Elcano. Madrid.

Neue Zürcher Zeitung (NZZ) (11.2.2011): *Flüchtlingsstrom in Richtung Süditalien*. <http://www.nzz.ch/aktuell/international/ueber-1000-nordafrikaner-auf-lampedusa-gelandet-1.9470187> (Stand: 14.4.2013).

Perkowski, Nina (2012): A normative assessment of the aims and practices of the European border management agency Frontex. RSC Working Paper. Refugee Studies Centre Oxford. Oxford.

Peters, Katharina (2011): Migranten aus Nordafrika: Flüchtlingsansturm spaltet Europa. SPIEGEL ONLINE, 11.4.2011. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/migranten-aus-nordafrika-fluechtlingsansturm-spaltet-europa-a-756348.html> (Stand: 14.4.2013).

Pressemitteilung der Europäischen Kommission (13.5.2011): Statement by Cecilia Malmström, EU Commissioner in charge of Home Affairs, on the results of the Ministerial Pledging Conference 12 May, MEMO/11/295. Brussels. http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-11-295_en.htm (Stand: 28.4.2013).

Scalettaris, Giulia (2007): Refugee Studies and the International Refugee Regime: A Reflection on a Desirable Separation. In: Refugee Survey Quarterly, 26 (3), S. 36–50.

Schlentz, Dace (2010): Did 9/11 matter? Securitization of Asylum and Immigration in the European Union in the period from 1992 to 2008. RCS Working Paper. Refugee Studies Centre Oxford. Oxford.

SPIEGEL ONLINE (19.4.2011): Krise in Nordafrika: Europol warnt vor Terroristen im Flüchtlingsstrom. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krise-in-nordafrika-europol-warntvor-terroristen-im-fluechtlingsstrom-a-758031.html> (Stand: 14.4.2013).

Strik, Teneke (2012): Lives lost in the Mediterranean Sea: Who is responsible? Report for the Parliamentary Assembly, Committee on Migration Refugees and Displaced Persons. Council of Europe, 29.3.2012. Strasbourg. http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/20120329_mig_RPT.EN_.pdf (Stand: 28.4.2013).

Süddeutsche Zeitung (14.2.2011): Flüchtlingswelle auf Lampedusa. <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingsstrom-nachitalien-rom-will-polizisten-nach-tunesien-schicken-1.1059442> (Stand: 14.4.2013).

Van der Klaauw, Johannes (2010): Refugee Rights in Times of Mixed Migration: Evolving Status and Protection Issues. In: Refugee Survey Quarterly, 28 (4), S. 59–86.

Von Hear, Nicholas/Brubaker, Rebecca/Bessa, Thais (2009): Managing mobility for human development: the growing salience of mixed migration. Human Development Research Paper, 2009/20. UNDP. New York.

Die Welt (7.3.2011): Haderthauer will Afrika-Flüchtlinge zurückschicken. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article12728104/Haderthauer-will-Afrika-Fluechtlinge-zurueckschicken.html> (Stand: 14.4.2013).

ZEIT ONLINE (11.3.2012): Sarkozy droht mit Verlassen des Schengen-Raums. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-03/sarkozy-schengen-wahlkampf> (Stand: 18.2.2013).

ZEIT ONLINE (11.5.2011): Dänemark führt Grenzkontrollen ein. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-05/daenemark-grenzkontrollenrechts-populisten> (Stand: 14.4.2013).

Ziniti, Alessandra (2011): Maroni: Esodo biblico, Ue assente. La Tunisia invia le truppe sulle coste. In: La Repubblica, 14.2.2011. http://palermo.repubblica.it/cronaca/2011/02/14/news/sbarchi_maroni_esodo_biblico-12432273/ (Stand: 18.2.2013).

ZUM AUTOR

Daniele Saracino hat Philosophie, Politische Wissenschaft und Neuere deutsche Literaturwissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und an der Università degli Studi Roma Tre in Rom studiert. 2010–2011 arbeitete er am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bonn im Forschungsprojekt: „Migration und Security: Durable Solutions for Refugees“ (in Kooperation mit dem Internationalen Konversationszentrum Bonn – BICC). Saracino war 2012–2013 Stipendiat im Forschungsprogramm „Kultur und Außenpolitik“ des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa). Derzeit schreibt er seine Promotion an der Universität Bonn.

i f a



**Institut für
Auslandsbeziehungen e. V.**

Charlottenplatz 17

D-70173 Stuttgart

Tel. +49/711 2225-0

www.ifa.de

Postfach 10 24 63

D-70020 Stuttgart

Fax +49/711 2 26 43 46

info@ifa.de